



Presseschau vom 26.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Natalja Dembinskaja: Schlag gegen den Dollar – Was hätte Peking davon?

Während Washington chinesische Hightech-Konzerne auf dem US-Markt bedrängt, zieht Peking seine stärkste Waffe in diesem Wirtschaftskrieg: die Möglichkeit, Staatsanleihen der Vereinigten Staaten abzustoßen und dadurch einen Verfall des Dollars auszulösen. Wird China soweit gehen? ...

<https://sptnkne.ws/Efkh>

deutsch.rt.com: Arabische Länder nehmen französische Produkte aus Regalen

Frankreichs Präsident Macron verteidigt im Streit um Mohammed-Karikaturen die Meinungsfreiheit – und löst Entrüstung aus. Arabische Länder rufen zum Boykott auf. Erdoğan attackiert Macron und legt trotz des Abzugs des französischen Botschafters noch einmal nach. ...

<https://de.rt.com/2bh4>

abends/nachts:

deutsch.rt.com: Minsk: Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstranten

Die weißrussische Polizei hat Blendgranaten eingesetzt, um Demonstranten zu zerstreuen, die unterwegs zur Residenz des Präsidenten Alexander Lukaschenko im Zentrum von Minsk

waren. Tausende von Menschen haben gegen ihn und seine Regierung in den Straßen von Minsk und anderen Städten demonstriert.

Bei den Protesten gegen den weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko in Minsk hat die Polizei Blend- und Lärmgranaten gegen Demonstranten eingesetzt. Augenzeugen berichteten im Nachrichtenkanal Telegram von mehreren Verletzten. Das Innenministerium bestätigte am Sonntag den "Einsatz der Spezialmittel gegen gewaltbereite Demonstranten". Sie sollen zuvor eine Absperrung durchbrochen haben.

Auf Videos waren Schuss- und Explosionsgeräusche zu hören sowie Blitzlichtgewitter zu sehen. Die Erschütterungen lösten in dem betroffenen Viertel Alarmanlagen an vielen Autos aus. Es gab mehrere Festnahmen.

Zuvor hatten die Menschen in Minsk und anderen Städten gegen Lukaschenko demonstriert. Die Demonstrationsveranstalter sprachen davon, dass allein in Minsk mehr als 100.000 Personen an der Demonstration teilnahmen.

Die landesweiten Proteste waren Teil der wöchentlichen Anti-Lukaschenko-Demonstrationen, die seit den Präsidentschaftswahlen Anfang August fast drei Monate lang andauerten und zeitweise nur eine Handvoll Menschen anzogen. Diesmal kamen jedoch Tausende nach Minsk, um den Vorabend des Datums zu feiern, das von der Opposition als sogenanntes "Ultimatum" gesetzt worden war. Die Opposition behauptet, die Wahlergebnisse seien gefälscht worden und fordert den Rücktritt des Präsidenten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.10/article/5f95a86ab480cc2ca563e6bd.jpg>

deutsch.rt.com: **China und Russland besorgt um bio-militärische Aktivitäten der USA im postsowjetischen Raum**

Kurz nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie setzten US-Politiker die Verschwörungstheorie in die Welt, dass das Coronavirus aus einem chinesischen Labor entsprungen sei. Dafür legten sie keine Beweise vor. Doch die USA selbst betreiben in vielen anderen Staaten Biolabore.

China und Russland haben ihre Besorgnis zu biologisch-militärischen Aktivitäten der USA in ehemaligen Sowjetrepubliken geäußert. Diese Aktivitäten würden fernab des Blickfeldes der internationalen Gemeinschaft erfolgen, so Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, am Dienstag. Daher würden sie Fragen aufwerfen. Medwedew äußerte diese Bemerkungen während eines Treffens des Sicherheitsrates zur Schaffung eines Schutzsystems gegen neue Infektionen.

Bereits in der Vergangenheit seien ähnliche Bedenken zu den Aktivitäten der USA in biologischen Laboren in Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) geäußert worden. Angesichts der COVID-19-Pandemie würden solche Bedenken zurzeit jedoch besonders oft aufgeworfen.

China forderte derweil am Mittwoch die USA dazu auf, eine umfassende Klärung ihrer biologisch-militärischen Aktivitäten im Ausland vorzunehmen, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete. Zhao Lijian, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, äußerte sich zu der Thematik, nachdem er auf die Aussagen Medwedews angesprochen worden war. Es sei nicht das erste Mal, dass die internationale Gemeinschaft Besorgnis über die biologischen Militarisierungsaktivitäten der USA in anderen Staaten geäußert habe.

Medienberichten zufolge haben die USA in 25 unterschiedlichen Staaten Biolabore eingerichtet, fügte Zhao hinzu. Einige dieser Staaten hätten anschließend großflächige Ausbrüche von Masern und anderen infektiösen Krankheiten erlebt. Die Zeitung USA Today berichtete, dass sich seit dem Jahr 2003 Hunderte Fälle von Kontamination mit tödlichen Erregern in US-Biolaboren ereignet hätten, sowohl im In- als auch im Ausland.

Zhao stellte die Frage, welcher Zweck hinter dem Aufbau so vieler Biolabore seitens der USA steht:

„Warum wird dieses Bemühen vom Militär angeführt?“, fügte Zhao hinzu.

Die USA müssten die Fragen der internationalen Gemeinschaft offen, transparent und verantwortungsvoll beantworten und deren Verpflichtungen im Rahmen des Biowaffenvertrages erfüllen.

Bereits zuvor hatte das russische Außenministerium erklärt, dass die Aktivitäten der USA in einem biologischen Labor in Georgien im Widerspruch zu den Verpflichtungen Washingtons und Tiflis' gemäß der Biowaffenkonvention stünden. Moskau habe ernsthafte Fragen im Zusammenhang mit den militärisch-biologischen Aktivitäten des US-Verteidigungsministeriums in verschiedenen Regionen der Welt, einschließlich in direkter Nähe zur russischen Staatsgrenze.

Sputnik.by: Leiter der Hauptdirektion für innere Angelegenheiten: In Minsk haben sich aggressive Demonstranten versammelt

In Minsk wurden am Sonntag, dem 25. Oktober, Steine auf eine der regionalen Polizeistationen geworfen.

Der Leiter der Minsker Polizeibehörde, Iwan Kubrakow, berichtete, dass die Demonstranten während der Kundgebung am Sonntag das Zentrum der belarussischen Hauptstadt besetzen wollten, aber die Polizei habe dies nicht zugelassen.

„Heute versammelten sich die aggressivsten Demonstranten in der Hauptstadt. Ihr Ziel war dasselbe - das Zentrum von Minsk zu besetzen, genauer gesagt die den Unabhängigkeitsprospekt mit allen angrenzenden Plätzen“, sagte Kubrakow gegenüber dem Sender Belarus-1.

Ihm zufolge hielten Polizisten die Situation unter Kontrolle. Kubrakow sagte auch, dass die Polizei „weiterhin illegale Handlungen der Demonstranten unterdrücken wird“.

Der Bericht gab auch Auskunft darüber, dass 10-12.000 Demonstranten an der Aktion in Minsk teilgenommen hätten.

Außerdem wurde Videomaterial gezeigt, aus dem ersichtlich ist, wie die Demonstranten Steine auf das Gebäude der Polizeiabteilung des Bezirks Tsentralny in Minsk warfen.

Die Protestaktion am Sonntag in Minsk endete mit Inhaftierungen. Die Polizei setzte spezielle Mittel gegen die „aggressivsten Demonstranten“ ein. Sie wurden am Ort eines Zusammenstoßes zwischen Demonstranten und Polizisten eingesetzt - in der Orlovskaja-Straße in der Nähe des Gebäudes der Abteilung für innere Angelegenheiten des Zentralkontraktbezirks von Minsk. Das Gebäude der Polizeiabteilung wurde nach Angaben des Innenministeriums mit Steinen und Flaschen beworfen.

Die Protestaktion fand mit verstärkten Maßnahmen der Polizei statt, Spezialausrüstung wurde auf die Straßen der belarussischen Hauptstadt gebracht. Außerdem wurden einige Straßen, in die Kolonnen von Demonstranten gehen wollten, von Sicherheitskräften blockiert -

Absperrungen und Zäune wurden errichtet.



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e4/0a/19/1045984810.jpg>

de.sputniknews.com: **Um Bedrohungen aus China abzuwehren: Pompeo reist nach Neu-Delhi**

Anfang nächster Woche werden US-Außenminister Mike Pompeo und Verteidigungsminister Mark Esper nach Angaben der Agentur AP ihre indischen Amtskollegen in Neu-Delhi zu strategischen Gesprächen treffen, die „darauf abzielen, die Anti-China-Kampagnenbotschaft von Präsident Donald Trump zu bekräftigen“.

Am Dienstag werde sich Pompeo mit dem indischen Premierminister Narendra Modi zusammensetzen und am dritten jährlichen 2+2-Ministerdialog zwischen den USA und Indien mit Verteidigungsminister Mark Esper und indischen Kollegen teilnehmen, um den bilateralen Handel zwischen den USA und Indien sowie gegenseitige Interessenbereiche zu erörtern. Anfang dieser Woche sagte der US-Außenminister gegenüber Reportern, er sei „sicher“, dass beide Seiten auch darüber diskutieren würden, „wie freie Nationen zusammenarbeiten können, um die von der Kommunistischen Partei Chinas ausgehenden Bedrohungen zu vereiteln“.

Der Vize-Außenminister der USA, Stephen Biegun, hatte Newu-Delhi Mitte Oktober besucht, wobei er unterstrich, dass das Weiße Haus die Interessen Indiens in der Region fördern, einen freien und offenen Indopazifik aufbauen und die Risiken chinesischer High-Tech-Telekommunikationsnetze angehen wolle.

Biegun erklärte in seiner Rede auch, dass die USA „sicherlich“ von einem „starken und prosperierenden“ Indien profitieren, und zeigte sich zuversichtlich, dass die beiden Seiten ihre Partnerschaft ungeachtet des Ergebnisses der US-Präsidentschaftswahlen am 3. November weiter stärken würden. ...

vormittags:

de.sputniknews.com: **Kurz nach neuer Waffenruhe: Baku und Jerewan werfen einander Verstöße vor**

Kurz nach der Vereinbarung einer neuen Waffenruhe im Konflikt um die Kaukasus-Region Bergkarabach werfen Armenien und Aserbaidschan sich gegenseitig Verstöße vor.

Die Sprecherin des armenischen Verteidigungsministeriums, Schuschan Stepanjan, teilte am Montag mit, dass die aserbaidtschanische Seite am frühen Morgen den Artilleriebeschuss von Bergkarabach wiederaufgenommen und damit „grob gegen die in den USA erzielte Vereinbarung über die humanitäre Waffenruhe verstoßen“ habe.

Zuvor teilte das aserbaidtschanische Verteidigungsministerium mit, dass seine Soldaten kurz nach dem Inkrafttreten der Waffenruhe in einem Dorf beschossen worden seien. Baku

beteuerte dabei, sich strikt an die Vereinbarung über den Waffenstillstand zu halten, der am heutigen Montag ab 08.00 Uhr Ortszeit (05.00 Uhr MEZ) in Kraft treten sollte.

Armenien und die nicht anerkannte Republik Bergkarabach weisen diese Vorwürfe zurück. „Wie gestern in Washington unter Vermittlung der USA vereinbart wurde, wird die armenische Seite eine völlige Waffenruhe halten“, schrieb der armenische Premierminister Nikol Paschinjan auf Facebook. Auch die Verteidigungsarmee von Bergkarabach weist Vorwürfe aus Baku über Verstöße zurück und spricht von Desinformation.

Mit den jüngsten Vereinbarungen unter US-Vermittlung sollten die Vereinbarungen vom 10. Oktober umgesetzt werden, die nach elfstündigen Gesprächen in Moskau erzielt worden waren. Demnach sollten die Parteien unverzüglich die Kampfhandlungen einstellen und Verhandlungen zur Lösung des Konflikts aufnehmen. Die verfeindeten Nachbarn geben sich aber immer wieder gegenseitig die Schuld am Ausbruch der Kämpfe.

Die Gefechte um Berg-Karabach dauern bereits seit Ende September an. Aserbaidshan hatte in einem Krieg nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor rund 30 Jahren die Kontrolle über das bergige Gebiet mit etwa 145.000 Bewohnern verloren. Seit 1994 galt eine brüchige Waffenruhe.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/09/328127323_0:225:2952:1823_1000x080_0_1_9e9a78b198bc47b0e31e0994e5537d02.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 25. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **Russland: Kein militärisches Szenario für Bergkarabach zulassen**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat alle externen Akteure im Konflikt um die Kaukasus-Region Bergkarabach aufgerufen, kein militärisches Szenario zuzulassen. Von der Türkei forderte er, ihren Einfluss im Interesse der Waffenruhe zu nutzen.

Moskau sei gegen eine militärische Lösung für Bergkarabach, da es beide Völker – sowohl Armenier als auch Aserbaidshanner – als freundlich und brüderlich wahrnehme, begründete Lawrow in einem Interview der griechischen staatlichen Nachrichtenagentur ANA-MPA.

„Wir fordern alle externen Akteure auf, alles zu tun, um die weitere Entfaltung des militärischen Szenarios zu verhindern, die Emotionen der Parteien abzukühlen und die Arbeit zu verstärken, um Bedingungen für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses zu schaffen“, sagte Lawrow.

Er erinnerte daran, dass die Präsidenten Russlands, der USA und Frankreichs als Vorsitzende der OSZE-Minsk-Gruppe sich eindeutig für eine „ausschließlich politische“ Lösung aussprechen.

„Wir versuchen die türkischen Partner von der Zweckmäßigkeit zu überzeugen, ihren Einfluss

im Interesse der Unterstützung dieser Linie zu nutzen“, sagte Lawrow weiter. Die Gefechte um Bergkarabach dauern bereits seit Ende September an. Die verfeindeten Nachbarn geben sich aber immer wieder gegenseitig die Schuld am Ausbruch der Kämpfe. ...

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 25. Oktober 3:00 Uhr bis 26. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 1.

Auf das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarung über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen geschossen:

Richtung Mariupol: Schusswaffen – 1 einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Kominternowo.

Um 12:40 Uhr wurde im Gebiet von Sajzewo die Aktivität einer Drohne der BFU festgestellt. Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurde im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

de.sputniknews.com: Biden bezeichnet Russland als „größte Bedrohung für Amerika“

Der demokratische US-Präsidentschaftskandidat Joe Biden hat Russland als die größte Bedrohung für die Vereinigten Staaten auf internationaler Ebene bezeichnet.

„Ich denke, die größte Bedrohung für Amerika in Bezug auf die Untergrabung unserer Sicherheit und unserer Allianzen ist im Moment Russland. Zweitens denke ich, dass China der größte Konkurrent ist“, sagte Biden in einem Interview mit dem TV-Sender CBS.

Er fügte hinzu, dass die Zukunft der russisch-amerikanischen Beziehungen von den Vereinigten Staaten abhängt. Seiner Ansicht nach hängt es von Washingtons Ansatz ab, ob die Länder weiterhin Konkurrenten bleiben oder sich dies zu einem „ernsthafteren Wettbewerb in Bezug auf das Kräfteverhältnis“ entwickelt.

Russlands Antwort zu Bidens Aussage

Laut dem Vorsitzenden des Internationalen Komitees des Föderationsrates, Konstantin Kosatschow, ist „die russische Bedrohung“ ein „obligatorisches Programm“ für jeden Kandidaten für die US-Präsidentschaft in der gegenwärtigen Situation. Wenn Joe Biden die Wahlen gewinne, werde er dem Weißen Haus nichts grundlegend Neues bringen.

„Biden hat Amerikas wichtigste ausländische Gegner identifiziert. Wie wir sehen können, ist das nichts Neues und Originelles. Russland ist ein ‚Pflicht-Programm‘ für jeden Kandidaten in der aktuellen Situation in Washington und eine vorgefertigte Erklärung für den Fall einer Niederlage“, sagte der russische Senator.

„Rivalität der Großmächte“ beenden

Zuvor hatte der erste stellvertretende russische Botschafter bei der Uno, Dmitri Poljanski, die Vereinigten Staaten aufgerufen, sie sollten davon absehen, die internationalen Beziehungen im Sinne des Konzepts der Rivalität zwischen den Großmächten neu zu strukturieren.

Er rief Washington auf, „keine gewalttätigen Konfrontationsmodelle mehr zu fördern“.

Russland handle offen, fördere konsequent politische und diplomatische Initiativen und ergreife Maßnahmen, um eine Verschlechterung der Lage im Bereich Sicherheit und Stabilität zu verhindern, so der Diplomat.

US-Präsidentschaftswahlen

Die Präsidentschaftswahl in den USA ist für den 3. November 2020 angesetzt. Der amtierende Präsident Donald Trump kandidiert für eine zweite Amtszeit und wird gegen den demokratischen Kandidaten Joe Biden antreten.

Es seien bereits 20 Millionen Stimmzettel abgegeben worden, die die Demokraten an der Spitze zeigen sollen, mit einem leichten Vorsprung im Bundesstaat Florida, der weithin als ein

must-win-Staat für Trump angesehen werde. Berichten zufolge führt Biden in den nationalen Umfragen mit 54 Prozent und Trump liegt bei 43 Prozent.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/16/328240821_524:871:2699:2048_1000x0_80_0_1_871964bc0a08379e265d678fa7a2abce.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. Oktober um 9:00 Uhr 1456 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 1107 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 71 Todesfälle.

deu.belta.by: **Falscher Streikalarm: Alle Betriebe in der Realwirtschaft arbeiten wie gewohnt**

Alle belarussischen Betriebe in der Realwirtschaft arbeiten wie gewohnt, teilte der Pressedienst der belarussischen Regierung der Nachrichtenagentur BelTA mit. Wie der Pressedienst um 10.00 Uhr gegenüber Nachrichtenagentur meldete, wird am 26. Oktober kein Betrieb in Belarus bestreikt, wie das manche Telegram-Kanäle mitteilen, fügte ein Regierungssprecher hinzu.

Mzdnr.ru: Am 25. Oktober wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, da das Laboratorium desinfiziert und gewartet wurde.

Am 25. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 5943 Fälle von Coronavirusinfektion registriert.

2883 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 2612 als gesund entlassen, es gibt 448 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 41 Patienten als gesund entlassen.

In den letzten 24 Stunden wurden 163 Fälle von Lungenentzündungen festgestellt, sechs weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 40 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 2227 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 448 mit Sauerstoffunterstützung (+29 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: **Monate nach Trumps Ankündigung: US-Truppenabzug aus Deutschland noch nicht im Gang**

Mehr als vier Monate nach der Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump über den Abzug von etwa einem Drittel der US-Soldaten aus Deutschland hat die Operation immer noch nicht begonnen. Ursprünglichen Erwartungen zufolge sollten zumindest die ersten Soldaten noch vor der US-Präsidentschaftswahl am 3. November abgezogen werden. Trump hatte den Abzug eines großen Teils der rund 36.000 US-Soldaten in Deutschland am

15. Juni angekündigt und ihn mit den aus seiner Sicht zu geringen Verteidigungsausgaben Deutschlands begründet.

Wie der Koordinator der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehungen, Peter Beyer, der Deutschen Presse-Agentur bestätigte, habe der Abmarsch noch nicht begonnen.

„Die US-Army in Deutschland hat nach meiner Kenntnis bisher noch keine konkreten Befehle bezüglich der detaillierten Umsetzung der Truppenreduzierung erhalten“, zitiert ihn die dpa. Laut der Kommandozentrale für die US-Streitkräfte in Europa (Eucom) in Stuttgart braucht die Vorbereitung noch Zeit. Die Planung erfolge auf den höchsten Ebenen und berücksichtige zahlreiche Überlegungen, hieß es.

Allerdings wisse sogar die Bundesregierung wohl nichts Genaueres über die Abzugspläne der USA.

Laut der dpa antwortete sie in der vergangenen Woche auf eine parlamentarische Anfrage des Linken-Abgeordneten Alexander Neu, ob sie Kenntnis von bereits erfolgten oder in den nächsten Monaten geplanten Truppenverlegungen habe, Folgendes: „Der Bundesregierung liegen keine entsprechenden Erkenntnisse vor.“

Dies könnte ein Beleg für den schlechten Zustand der deutsch-amerikanischen Beziehungen sein. Aber selbst, wenn es schon einen groben oder konkreten Zeitplan für die ersten Abzugsschritte geben sollte, könnte er je nach Wahlausgang auch wieder über den Haufen geworfen werden, so die dpa.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32224/49/322244983_0:253:2048:1360_1000x0_80_0_1_5f9c1b88d258255cdb3f404851c862dd.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Putins Aufruf: Algorithmen zur Aufrechterhaltung der Stabilität in einer „Welt ohne INF“ finden**

Ein Statement des russischen Präsidenten Wladimir Putin über die Schritte zu einer möglichen Deeskalation vor dem Hintergrund des nicht mehr gültigen INF-Vertrags zwischen Moskau und Washington zum Verbot bodengestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen ist am Montag auf der offiziellen Webseite des Kremls erschienen.

Russland hält der Erklärung zufolge weiter daran fest, dass der von den USA einseitig aufkündigte INF-Vertrag wichtig für die internationale Sicherheit und die strategische Stabilität gewesen sei. Er habe eine „besondere Rolle bei der Gewährung der Vorhersagbarkeit und Zurückhaltung im Raketenbereich im europäischen Raum gespielt“.

„Wir finden, dass der Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag, wodurch er ungültig wurde, ein ernster Fehler war, der die Risiken der Entfaltung eines Rüstungsrennens im Raketenbereich, des Anstiegs des Potenzials für Konfrontation und des Abgleitens zu einer unkontrollierten Eskalation erhöht hat.“

Moratorium

Moskau bleibe seinem Moratorium auf die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen treu, das gelte, solange die USA in entsprechenden Regionen keine Raketen dieser Art aufstellen. Die Nato-Länder sollten die Möglichkeit erwägen, auch ein ähnliches Moratorium zu verhängen.

Russland sei weiter der Meinung, dass die 9M729-Raketen – entgegen den US-Vorwürfen – nicht gegen den INF-Vertrag verstoßen hätten. Trotzdem sei Moskau „im Sinne des guten Willens“ bereit, auf die Stationierung dieser Sprengkörper auf dem europäischen Teil des Landes auch weiter zu verzichten. Dies aber nur unter der Bedingung, dass die Nato-Länder auch keine früher vom INF-Vertrag verbotenen Waffen in Europa dislozieren würden.

„Wir rufen außerdem alle interessierten Länder dazu auf, nach Algorithmen zur Aufrechterhaltung der Stabilität und zur Vorbeugung von Raketenkrisen in der Region Asien-Pazifik in einer ‚Welt ohne INF‘ zu suchen.“

Laut Putin ist Russland für eine Zusammenarbeit in diesem Bereich offen.

Außerkräfttreten des INF-Vertrages

Die USA waren 2019 aus dem INF-Vertrag zum Verbot bodengestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen ausgestiegen, nachdem sie Moskau beschuldigt hatten, gegen diesen Vertrag zu verstoßen. Moskau wies jegliche Anschuldigungen zurück und erklärte sich bereit, die umstrittene Rakete vorzuführen und das Thema im Detail zu erörtern. Die USA lehnten dies ab und kündigten den INF-Vertrag einseitig auf.

Bilaterale Gespräche

Im Juni dieses Jahres hatten bilaterale strategische Beratungen in Wien stattgefunden. Die Delegationen unter der Leitung des russischen Vizeaußenministers Sergej Rjabkow und des US-Chefunterhändlers für Rüstungskontrolle, Marshall Billingslea, diskutierten über eine Verlängerung des Vertrages zur Verringerung strategischer Offensivwaffen (New Start) sowie über mehr Stabilität und Voraussagbarkeit nach der Aufkündigung des INF-Vertrages. Beide Seiten setzten zudem Arbeitsgruppen ein, unter anderem eine für den Weltraum.

Ende Juli hielten dann Experten aus Russland und den USA in der österreichischen Hauptstadt Wien Beratungen über die strategische Stabilität ab. Zentrale Themen waren die internationale Sicherheit und Rüstungskontrolle sowie Weltraum-Fragen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32271/88/322718853_0:305:2809:1822_1000x0_80_0_1_f99d6a6b0db28776a389029c94ca20bc.jpg

de.sputniknews.com: Nach Explosion auf Öltanker im Asowschen Meer: Suche nach Seeleuten beendet

Die Such- und Rettungsaktion im Asowschen Meer, wo Seeleute über Bord eines explodierten

Tankers gegangen waren, ist nach Angaben des Vertreters von Rosmorretschflot, Aleksej Krawtschenko, abgebrochen worden.

Der Grund sei keine Hoffnung, sie lebend zu finden, so der Vertreter. Ihm zufolge kehren alle an der Suche beteiligten Schiffe zu ihren Stützpunkten zurück.

„Das Marine Rescue Center ‚Taman‘ gab seine Entscheidung bekannt, die Such- und Rettungsaktion im Asowschen Meer einzustellen, da keine begründete Hoffnung besteht, die drei vermissten Crewmitglieder des Tankers ‚General Asi Aslanow‘ lebend zu finden“, erklärte Krawtschenko.

Nach der Explosion auf dem Öltanker im Asowschen Meer an der Mündung der Straße von Kertsch wurden zehn von insgesamt 13 Crewmitgliedern von dem vorbeifahrenden Schiff „Sirius“ geborgen. Drei gingen über Bord und wurden gesucht. Der Zustand der Geretteten sei zufriedenstellend, hieß es. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/1a/328272192_0:73:1281:765_1000x0_80_0_1_d3f85a5c52c3b2c14175f37789d7d115.jpg

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2: Russisches Rohrlegeschiff verlässt Heimathafen Kaliningrad**

Das russische Rohrlegeschiff „Akademik Cherskiy“ ist nach mehrwöchigem Aufenthalt in seinem Heimathafen Kaliningrad in Richtung Nordwesten ausgelaufen, wie den Navigationsportals Marine Traffic und Vesselfinder zu entnehmen ist.

Medienberichten zufolge setzte sich das Schiff am Sonntagabend in Richtung der dänischen Insel Bornholm in Bewegung, in deren Nähe sich ein unvollendeter Abschnitt der Gaspipeline Nord Stream 2 befindet.

Die „Akademik Cherskiy“ hatte mehrere Monate lang im deutschen Hafen Mukran auf Rügen – der logistischen Basis für Nord Stream 2 – gelegen. Am 7. Oktober war das Schiff in Kaliningrad eingetroffen und unweit des Hafens, gegenüber der Kurischen Nehrung vor Anker gegangen. Nahe der „Akademik Cherskiy“ war ein von der Firma GazprombankLeasing registriertes Versorgungsschiff vom Typ Finval im Einsatz. ...

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 26.10.2020
In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer in Verletzung des geltenden Waffenstillstands **eine Feuerprovokation** begangen.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 35.

Marineinfanteriebrigade das Feuer mit Schusswaffen in Richtung **Kominternowo** eröffnet.

Dabei haben die Besatzer Leuchtmunition eingesetzt, um trockenes Gras in der Nähe unserer Schützengräben in Brand zu setzen.

Außerdem wurde der **Flug einer Drohne** im Verantwortungsbereich des 137.

Marineinfanteriebataillons der 35. Brigade der BFU im Gebiet von Datscha festgestellt.

Uns wurden **Einzelheiten der Durchführung dieser Provokation** bekannt. So ist der

Matrose Trembatsch, um trockenes Gras unter Einsatz eines „Molotow-Cocktails“ in Brand zu setzen und sich das Feuer in Richtung der Positionen der Einheiten der Volksmiliz ausbreiten zu lassen, in die Graue Zone vorgedrungen. Ein anderer Soldat, der Matrose Kaschtschuk, der von den Absichten Trembatschs nichts wusste und ihn für einen Soldaten der Volksmiliz hielt, eröffnete das Feuer. Infolge der nicht abgestimmten Aktivitäten erlitt der Matrose Trembatsch eine Schussverletzungen an den unteren Gliedmaßen.

Auf Anweisung des Kommandeurs der 35. Brigade Palas wurde zur Suche und Bergung des verletzten Soldaten eine Drohne gestartet.

Die Soldaten der Volksmiliz sind auf die Provokationen des Gegners nicht eingegangen und haben streng die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands eingehalten.

Unsere Quellen haben **Einzelheiten der Aktivität von Offizieren des sogenannten Vereinigten Zentrums für militärisch-zivile Zusammenarbeit des Stabs der OOS festgestellt.**

Wir erinnern daran, dass diese Einheit zur Verbesserung des Image der derzeitigen militärisch-politischen Führung unter der Bevölkerung des Donbass eingesetzt wird. Das Verteidigungsministerium der Ukraine, das dem Stab der OOS Finanzmittel zur Durchführung von Wiederaufbauarbeiten für zerstörten Wohnraum zur Verfügung gestellt hat, nimmt irrtümlich an, dass diese für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden.

So führen Kämpfer der 56. Brigade nach Mitteilungen von Einwohnern von Kalinowo schon seit zwei Monaten die Reparatur von Häusern durch, die zuvor zur Einquartierung von Offizieren des kommandieren Personals der Brigade beschlagnahmt worden waren. Dabei führen Offiziere des Vereinigten Zentrums weiter Befragungen unter der Bevölkerung mit Ausfüllen fiktiver Anforderungen für Baumaterialien zum Wiederaufbau des Wohnraums durch, um ihre Arbeit zu imitieren.

Wir schließen nicht aus, dass die Ausgabe der Haushaltsmittel zur Verbesserung der Wohnbedingungen des Personals unter persönlicher Leitung des Kommandeurs der OOS stattfindet, während gleichzeitig das Niveau der Vertrauens der Bevölkerung des Donbass, die auf dem von den BFU kontrolliertem Territorium lebt, weiter absinkt.

Unsere Quellen im Stab der 54. Brigade der BFU hat **Informationen über Pläne des Kommandos, eine zusätzliche Verminung des Territoriums in der Nähe der Kontaktlinie vorzunehmen**, erhalten.

Der Kommandeur der 54. Brigade Majstrenko hat im Zusammenhang mit dem geringen moralisch-psychischen Niveau der unterstellten Soldaten einer technischen Gruppe des 74. Aufklärungsbataillons die Anweisung erteilt, das an die Frontpositionen angrenzende Territorium im Verantwortungsbereich eines Panzergrenadierbataillons, das im Gebiet von Nowoselowka-Wtoraja stationiert ist, zu verminen. Um zu verhindern, dass Soldaten der BFU auf unsere Seite übergehen, sollen von internationalen Vereinbarungen verbotene Antipersonenminen installiert werden.

Die Beunruhigung des Brigadekommandos über eine mögliche Zunahme der Zahl der Deserteure wurde durch einen Bericht der Gegenaufklärung des SBU hervorgerufen. In ihm wurde festgestellt, dass unter den Soldaten des 23. Bataillons im Zusammenhang mit der geringen Personalausstattung der Einheiten der 92. Brigade aktiv Gerüchte über eine Verschiebung der Ablösung auf unbestimmte Zeit verbreitet werden.

Das geringe moralisch-psychische Niveau der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte ist nicht nur durch eine Verschiebung der Rotation bedingt.

Wir wir bereits mitteilten, kommt die größte Zahl der Beschwerden bei der Hotline des Verteidigungsministeriums der Ukraine von Soldaten und ihren Verwandten der 54. und der 56. Brigade. Ausgehend von diesen Eingaben ist die **Unzufriedenheit vor allem durch die schlechte Material- und Lebensmittelversorgung, das Fehlen elementarer hygienischer Schutzmittel und der Zunahme von Coronavirusinfektionen bedingt.** Außerdem haben die ukrainischen Soldaten in der letzten Zeit häufiger auf das Fehlen von Prämien für die

Umsetzung des Befehls des Verteidigungsministeriums Nr. 330 „Über das Regime der Ruhe“ verwiesen. Bis jetzt sind solche Zahlungen in den BFU auch noch nicht erfolgt.

de.sputniknews.com: **Wegen Waffenverkaufs an Taiwan: China kündigt Sanktionen gegen US-Unternehmen an**

Nach dem Verkauf neuer US-Waffen an Taiwan hat Peking Sanktionen gegen US-Firmen angekündigt.

„Wir werden Sanktionen gegen US-Unternehmen verhängen, die an den Waffenverkäufen beteiligt sind“, sagte Zhao Lijian, ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, am Montag.

Zu diesen Unternehmen gehören Raytheon Technologies, Boeing Defense und Lockheed Martin.

Nach Worten des Außenamtssprechers habe China mehrmals darauf hingewiesen, dass die Verkäufe von Waffen an Taiwan das Ein-China-Prinzip seriös untergraben.

Milliardenschweres Geschäft

Vergangene Woche hatte die US-Regierung ein milliardenschweres Geschäft über Rüstungen mit Taiwan gebilligt – dies inmitten von Spannungen mit China.

Das US-Außenministerium stimmte dem Verkauf von Raketen, Aufklärungssensoren für Kampfflugzeuge und weiterer militärischer Ausrüstung zu. Der Wert der gesamten Ausrüstung beläuft sich auf rund 1,8 Milliarden Dollar (ca. 1,52 Milliarden Euro).

Die Regierung von Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen hatte sich bei den USA für den Waffenverkauf bedankt. Nach ihren Worten trage der Deal dazu bei, die Verteidigungssysteme von Taiwan zu stärken.

Untrennbarer Teil der Volksrepublik

Peking betrachtet Taiwan als untrennbaren Teil der Volksrepublik und droht mit einer gewaltsamen Wiedervereinigung.

Die USA geben sich Mühe, die Macht von China einzudämmen und liefern daher seit Jahren immer wieder Waffen an Taiwan.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/09/327662310_0:0:3366:1823_1000x0_80_0_1_9ea337799d7b1b358dc23231c614cf9b.jpg

de.sputniknews.com: **Maas: Berlin begrüßt Interesse Moskaus und Washingtons an Verlängerung des New-START-Vertrags**

Der deutsche Außenminister Heiko Maas hat sich am Montag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi, über eine mögliche Verlängerung des New-START-Vertrags über nukleare Abrüstung zwischen Russland und den USA ausgesprochen.

Das Treffen fand in Berlin statt. Das Auswärtige Amt übertrug die Pressekonferenz live auf Twitter.

„Also ich begrüße zunächst einmal, dass sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Russische Föderation gesagt haben, nämlich dass sie grundsätzlich an einer Verlängerung des New-Start-Vertrages interessiert sind, dass dazu Gespräche geführt werden“, sagte der deutsche Minister.

Dies sei vor einigen Monaten oder im letzten Jahr „manchmal auch noch anders gewesen“. Deshalb habe Deutschland beiden Seiten mitgeteilt, „dass wir gerne bereit sind, im Rahmen unserer Möglichkeiten all diese Gespräche und Initiativen zu unterstützen“.

„Und ich bin zuversichtlich, dass, wenn der grundsätzliche Wille besteht, es am Schluss noch einen Weg geben wird, dieses wichtige Vertragswerk zu verlängern.“ ...

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij am 26. Oktober 2020

In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Im Zusammenhang mit der **massenhaften Verbreitung der Coronavirusinfektion** in der Ukraine wurde ab heute die Oblast Lugansk für 14 Tage als „Rote Zone“ verzeichnet.

Wir haben Informationen erhalten, dass diese Beschränkungen vom Kommandeur der 30. Brigade zur persönlichen Bereicherung genutzt werden sollen. Nach Anweisung des Brigadekommandeur Postupalskij wurden die Patrouillen auf den Straßen und an den Checkpoints verstärkt. Die Patrouillen haben die Aufgabe, Geschäfte zu kontrollieren und örtliche Einwohner anzuhalten, die die Maskenpflicht nicht einhalten und ihnen vorzuschlagen, die Frage ohne die Erstellung eines Protokolls zu lösen, wenn sie 1000 Griwna pro natürliche Person und 3000 Griwna pro juristische Person an die Mitarbeiter der Patrouille übergeben. Wir rufen die Einwohner des von der Ukraine kontrollierten Territoriums der Oblast Lugansk auf, wachsam zu sein und nicht auf die Erpressung von Seiten der Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte einzugehen, weil diese Aktivitäten rechtswidrig sind. Im Falle des Einsatzes rechtswidriger Handlungen von Seiten der Soldaten bitten wir darum, sofort Mitarbeiter der Polizei oder der Staatsanwaltschaft zu informieren. ...

de.sputniknews.com: Hunderte Festnahmen bei Protesten in Weißrussland

Bei den Massenprotesten am Sonntag in Weißrussland sind landesweit mehr als 500 Menschen festgenommen worden, teilte das Innenministerium in Minsk am Montag mit. Insgesamt seien landesweit 523 Menschen bei 19 Aktionen in Gewahrsam genommen worden, 160 davon in Minsk, hieß es.

Zuvor hatte die weißrussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja aus ihrem Exil in der EU dem Präsidenten Alexander Lukaschenko ein Ultimatum bis Sonntag gestellt, sein Amt aufzugeben und Neuwahlen anzusetzen. Sollte das nicht der Fall sein, drohte sie mit einem nationalen Generalstreik.

Am Sonntag fanden in unterschiedlichen Städten Weißrusslands Protestaktionen der Opposition statt. In Minsk hat die Polizei „Spezialmittel gegen gewaltbereite Demonstranten“ eingesetzt. Augenzeugen berichten in sozialen Netzwerken von Blendgranaten und Gummigeschossen.

Der stellvertretende Industrieminister des Landes, Czeslaw Shulga, dementierte Berichte einiger lokaler Medien und Telegram-Kanäle über Massenstreiks in den Betrieben. „Alle Betriebe arbeiten normal“, sagte er. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/1a/328271803_0:204:3030:1844_1000x080_0_1_90dbc97911858d085d2b1ad0bb3e3378.jpg

de.sputniknews.com: **Bolivien will russischen „Sputnik-V“-Impfstoff gegen Covid-19 kaufen**

Laut dem bolivianischen Präsidenten Luis Arce beabsichtigt das Land, den russischen Coronavirus-Impfstoff „Sputnik-V“ zu kaufen.

„Natürlich“, antwortete Arce auf die Frage, ob die neue Regierung den Impfstoff kaufen werde.

„Ich verstehe, dass der Impfstoff noch nicht zum Verkauf steht. Ich denke, es wurde bereits darüber diskutiert, dass Bolivien eines der ersten Länder ist, das ihn haben könnte“, sagte der Präsident, der vor einigen Tagen die Wahl in Bolivien gewonnen hatte, in einem Interview mit RIA Nowosti.

Dabei betonte er, dass der Kauf des russischen Impfstoffs nicht für Forschungszwecke, sondern direkt für die Impfung geplant sei.

Wiederaufbau der Beziehungen zu Russland

Zudem wolle Bolivien die Beziehungen zu Russland nach der Verschlechterung während der Herrschaft der Übergangsregierung wiederbeleben, so der Präsident.

„Ich glaube, dass sich die Beziehungen zwischen Bolivien und Russland in den letzten elf Monaten verschlechtert haben, was auf die Anwesenheit der Übergangsregierung zurückzuführen ist, die infolge eines Staatsstreichs an die Macht gekommen ist und nicht verstanden hat, was hinter den Beziehungen zwischen unseren Ländern steckt“, sagte Arce. Aus diesem Grund will der Präsident die Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder aufbauen und frühere Projekte wie Kernenergie und Exportprojekte fortsetzen, sagte er weiter. Bolivien würde auch eine strategische Allianz mit Russland im Gassektor haben und der Hauptlebensmittellieferant für Russland werden wollen.

Rücktritt von Morales

Nach der Präsidentenwahl im Oktober 2019 hatte Evo Morales – von 2006 bis 2019 Boliviens erster indigener Präsident – auf Druck des Militärs zurücktreten müssen. Ihm wurde Wahlbetrug vorgeworfen, auch wenn manche Studien inzwischen zu anderen Ergebnissen kommen. Morales setzte sich ins Ausland ab.

Nach dem Rücktritt des Präsidenten und der gesamten Regierung erklärte sich die Vizepräsidentin des bolivianischen Senats und Oppositionspolitikerin Jeanine Añez zur Übergangspräsidentin des Landes. Morales‘ Anhänger und Verbündete in der Region sprechen von einem Putsch.

Vor einigen Tagen hat der linke Kandidat Luis Arce von der „Bewegung zum Sozialismus“ laut der laufenden offiziellen Stimmenaushaltung die Präsidentenwahl in Bolivien gewonnen.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/1a/328271903_0:151:3102:1829_1000x080_0_1_1172e56ba1f8e2db7697e07b3231df65.jpg

sputnik.by: **Das Gesundheitsministerium widersprach Informationen über den Tod eines Studenten durch eine Schussverletzung**

Die Behörde stellte fest, dass der Student der Belarussischen Nationalen Technischen Universität, über den die Informationen im Netzwerk verbreitet wurden, nicht in eine medizinische Einrichtung aufgenommen wurde.

Das belarussische Gesundheitsministerium weist Informationen über den Tod eines Studenten an einer Schusswunde, die im Internet verbreitet wurden, zurück, teilte der Pressedienst des Ministeriums mit.

„Wir informieren Sie offiziell darüber, dass die im Internet verbreiteten Informationen über den Tod eines BNTU-Studenten an einer Schusswunde eine Fälschung sind“, hieß es.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums kam der Student der Belarussischen Nationalen Technischen Universität, über den Informationen in sozialen Netzwerken und auf verschiedenen Ressourcen verbreitet wurden, nicht in eine medizinische Einrichtung. ...

„Insgesamt haben sich am vergangenen Tag 13 Personen bei Gesundheitseinrichtungen mit unterschiedlich schweren Verletzungen gemeldet, von denen fünf ins Krankenhaus eingeliefert wurden“, teilte das Ministerium mit.

Wir erinnern daran, dass am vergangenen Sonntag in Minsk ein nicht genehmigter Ultimatum-Marsch stattgefunden hat. Es endete mit Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitsbeamten. Nach Angaben des Innenministeriums wurden 160 Personen in der Hauptstadt verhaftet, einige von ihnen in Haftanstalten gebracht.



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e4/09/01/1045597446.jpg>

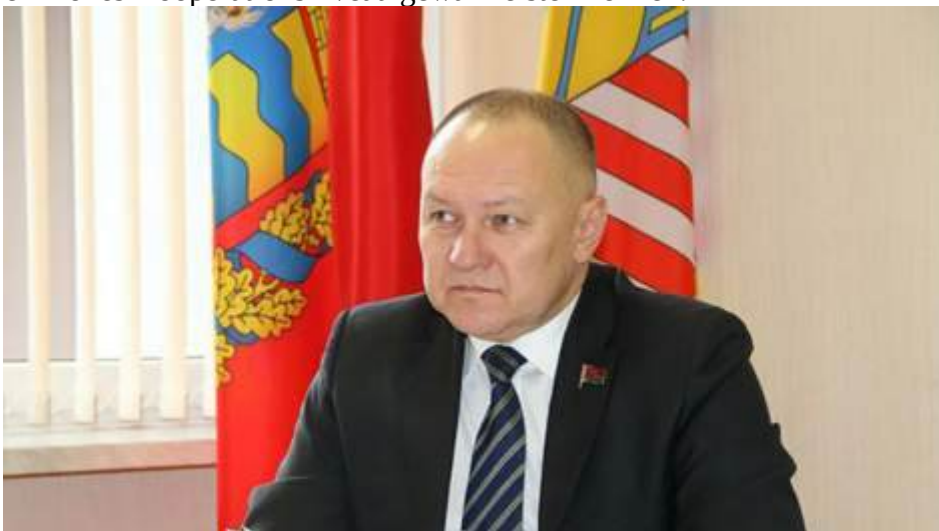
deu.belta.by: **Abgeordneter über Streikaufrufe: Konkurrenz schläft nicht und will Märkte erobern**

Die Konkurrenz schläft nicht und ist bereit, Märkte zu erobern. Diese Meinung äußerte Andrej Strunewski, Mitglied des Ständigen Ausschusses für Industrie, Energie, Transport und Kommunikation in der Repräsentantenkammer, der Telegraphenagentur BelTA.

„Man muss arbeiten, sich an den Verhandlungstisch setzen, Änderungen für die Verfassung vorschlagen und aktuelle Aufgaben lösen. Aber was wir heute hören, sind Ultimaten, die gestellt werden und nichts mehr. Zwei Parteien können immer einen Konsens erreichen, wenn sie aufeinander zugehen. Ultimaten führen nur in die Sackgasse“, sagte Strunewski.

„Das Ultimatum der Opposition, in dem sie mit Generalstreik drohte, ist nicht aufgegangen“, so der Abgeordnete. „Die Aufrufe zum Generalstreik gingen von den Akteuren aus, die sich im Ausland befinden. Man wollte Menschen wie Marionetten auf die Straße führen. Aber der Tag begann, und alle gingen zur Arbeit. Ich repräsentiere den Kreis Soligorsk. Die Bergleute von Belaruskali haben heute auch nicht gestreikt“, sagte er.

„Der Staat baut seine Unabhängigkeit auf dem wirtschaftlichen Fundament auf, und die Aufrufe zum Generalstreik könnten zu unumkehrbaren Folgen führen“, sagte er. „Deshalb schläft die Konkurrenz nicht. Sie wartet nur darauf, die freien Marktnischen einnehmen und ihr Monopolrecht auf Produktion oder Vertrieb bestimmter Waren behaupten zu können. Und wenn wir heute nachgeben, werden wir es später sehr schwer haben, unsere Positionen zurück zu gewinnen. Streik bedeutet auch einen immensen Imageverlust – kein Partner will Verträge mit einem Land abschließen, wenn dort die Lage nicht stabil ist. Indem wir mit Auslandspartnern zusammenarbeiten, beweisen wir, dass wir zuverlässige Partner sind und ein hohes Kooperationsniveau gewährleisten können.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1603707043_53452_big.jpg

de.sputniknews.com: **Keine Nebenwirkungen bei 85 Prozent – Chef des Gamaleya-Zentrums über Wirkung von Corona-Impfstoff**

Laut dem Direktor des Gamaleya-Instituts für Epidemiologie und Mikrobiologie, Alexander Ginzburg, wird der russische Impfstoff „Sputnik V“ gegen das neuartige Coronavirus von 85 Prozent der geimpften Personen ohne Nebenwirkungen toleriert.

„Nebenwirkungen werden bei etwa 15 Prozent der Geimpften beobachtet. Das heißt, es ist nicht schwer zu verstehen, dass 85 Prozent der Geimpften diesen Impfstoff ohne jegliche

Nebenwirkungen und ohne jegliche Unannehmlichkeiten für sich selbst tolerieren“, sagte Ginzburg gegenüber dem TV-Sender „Rossiya 24“.

Unter den möglichen Nebenwirkungen des Impfstoffs vom Gamaleya-Zentrum nannte er einen Temperaturanstieg bis auf 38 Grad, manchmal auch Kopf- und Muskelschmerzen und Rötungen an der Injektionsstelle.

„Sputnik V“

Das russische Gesundheitsministerium hatte Anfang August den weltweit ersten Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus registriert, der den Namen „Sputnik V“ erhielt. Er wurde vom Gamaleya-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie mit Unterstützung des russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) entwickelt. Das Serum besteht aus zwei Komponenten, die in dreiwöchigem Abstand verabreicht werden.

Im Sommer war „Sputnik V“ an Freiwilligen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren in zwei Phasen erfolgreich getestet worden. Bei allen Probanden wurden Dauerimmunität und Corona-Antikörper nachgewiesen.

Die Postregistrationsphase der klinischen Studie startete im September. Insgesamt nehmen daran 40.000 Personen teil. Inzwischen wird neben Russland auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Indien und Weißrussland getestet. Die Probanden, denen „Sputnik V“ verabreicht wird, stehen 90 Tage danach unter ärztlicher Aufsicht.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/01/327606425_0:0:2200:1192_1000x0_80_0_1_a48aca72df60776d2222a5d2a9f1d218.jpg

deu.belta.by: **AKW-Start: Katastrophenschutzministerium erlaubt energetisches Anfahren des ersten Reaktors**

Das Belarussische Atomkraftwerk Ostrowez hat eine Erlaubnis des Katastrophenschutzministeriums erhalten, mit dem energetischen Anfahren des ersten Energiereaktors zu beginnen. Das teilte der Pressedienst des Departements für Nuklear- und Strahlungssicherheit beim Katastrophenschutzministerium (Gosatomnadsor) gegenüber BelTA mit.

Das Ministerium für Katastrophenschutz hat am 23. Oktober bei einer Vorstandssitzung die Entscheidung getroffen, dem Belarussischen Kernkraftwerk eine Lizenz zu erteilen, mit der das in mehrere Etappen gegliedertes Programm zum energetischen Anfahren des ersten Reaktorblocks umgesetzt werden kann.

Diese Entscheidung wurde aufgrund einer Expertise des Departements für Nuklear- und Strahlungssicherheit zur AKW-Sicherheit getroffen. Gosatomnadsor hat in Übereinstimmung mit dem belarussischen Gesetz alle Dokumente geprüft und die Betriebsbereitschaft der Kernanlage bestätigt.

Die erste Kernbeladung, die Reaktorplantentests, die minimal kontrollierbaren physischen Experimente, das energetische Anfahren und der Test- und Industriebetrieb der Anlage sind erlaubt, nachdem die Bereitschaft des Atomkraftwerks zu entsprechenden Etappen der

Inbetriebnahme durch Lizenzen nachgewiesen wird.

Sind alle genannten Etappen abgeschlossen, wird die Lizenz für das Fahren des ersten Reaktors vergeben. Vor diesem Schritt sollen öffentliche Anhörungen stattfinden, informiert Gosatomnadsor. Diese Anhörungen zielen darauf ab, die Gesellschaft über den Verlauf und die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfung in Kenntnis zu setzen.

Das Belarussische AKW ist ein Projekt zum Bau des Atomkraftwerkes vom Typ WWER-1200, das 18 km von Ostrowez (Gebiet Grodno) gemäß dem russischen Projekt AKW-2003 Generation 3+ umgesetzt wird.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1603710996_53456_big.jpg

de.sputniknews.com: **Türkische Einsatzkräfte nehmen mutmaßliche IS-Anhänger aus Syrien und Irak fest**

Antiterrorkräfte der türkischen Polizei sind gegen mutmaßliche Anhänger der Terrormiliz Islamischer Staat (IS; auch Daesh) vorgegangen. Dies meldet am Montag die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu.

Bei dem Einsatz in der Hauptstadt Ankara seien 18 syrische und irakische Staatsbürger festgenommen worden. Zwei weitere Verdächtige seien flüchtig, hieß es.

Die Festgenommenen seien zum Verhör in die Direktion für Terrorismusbekämpfung in Ankara gebracht worden. Es wurde festgestellt, dass diese Personen mit der Terrormiliz IS in Kontakt gestanden hätten.

Der IS hat sich in den vergangenen Jahren zu mehreren Anschlägen in der Türkei bekannt, darunter zum Blutbad im Istanbuler Nachtclub Reina während der Neujahrsfeier am 1. Januar 2017. Damals wurden mindestens 39 Menschen erschossen und 69 verletzt.

dnronline.su: **Die kommunalen Dienste bemühen sich, operativ Störungen zu beseitigen, die mit dem Beginn der Heizperiode aufkommen**, teilte heute der Direktor der Abteilung für Wohn- und Kommunalwirtschaft des Bauministeriums Denis Tschuprina mit „Entsprechend dem vom staatlichen Konzern „Donbassgas“ erarbeiteten und mit dem Bauministerium der DVR abgestimmten Zeitplan zur Inbetriebnahme der Heizwerke in der Republik haben seit dem 20. Oktober die Maßnahmen zur Gewährleistung der Heizung für Objekte der Wohnungswirtschaft und des sozialen Bereichs begonnen. Traditionsgemäß nimmt in diesem Zeitraum die Zahl der Anfragen der Bürger bezüglich der Qualität der Heizungsdienstleistungen zu. In der Republik sind inzwischen alle Hauptleitungen in Betrieb. Aber aufgrund des hohen Verschleißgrades der Netze kommen Störungen auf, deshalb werden derzeit noch nicht alle Häuser geheizt“, berichtete Denis Tschuprina. Er lenkte die Aufmerksamkeit auch auf eine Reihe von Ursachen, aufgrund derer die

Heizkörper in den Häusern kalt bleiben können. Zum Beispiel wegen Luft in den Heizsystemen innerhalb des Hauses. Um eine normale Funktion bei den Heizungssystemen zu erreichen, wird die Funktion der Geräte und der Druck in den Heiznetzen reguliert. In der Heizperiode müssen die Verbraucher daran denken, dass die Heizwerke eine qualitative Regulierung der Heiztemperatur abhängig von der Lufttemperatur vornehmen. Und wenn draußen lange warmes Wetter ist, so kann die Heizwärme herunterreguliert werden. Den Verlauf der Heizperiode bis zum heutigen Tag bewertend unterstrich Denis Tschuprin, dass bei einem Teil der sozialen Objekte zeitweilig aufgrund von Mitteilungen der Verbrauchern keine Heizwärme geliefert wird. Hierzu gehören Hochschulen, wo im Zusammenhang mit dem Regime der erhöhten Bereitschaft das Studium auf ein Fernstudium umgestellt wurde, Schulen, wo jetzt Ferien sind, weitere Objekte. Zum Abschluss erinnerte er daran, dass in allen Städten bei den Stadtverwaltung operative Dispatcherdienste arbeiten, wohin man sich im Fall von Problemen mit der Heizungsversorgung wenden kann.

Sputnik.by: **Hunderte von "Harten Jungs" durften nicht nach Weißrussland einreisen**
Nach Angaben der Grenzschutzbeamten konnte keiner von ihnen beim Versuch, das Land zu verlassen, den Zweck des Besuchs erklären.
Die belarussischen Grenzschutzbeamten stellen fest, dass die Zahl der sportlichen Ausländer, die versuchen, mit unverständlichen Zielen in das Land einzureisen, gestiegen ist, sagte gegenüber Sputnik, der offiziellen Vertreter der belarussischen Grenzschutzes Anton Bytschkowskij.
Seit dem 9. August finden in Belarus Straßenprotestaktionen statt. Nach Angaben der Polizei beteiligen sich in letzter Zeit immer mehr „radikale Personen“ daran.
„In der vergangenen Woche wurde 595 Ausländern aus verschiedenen Gründen an der belarussischen Grenze die Einreise in unser Land verweigert“, sagte Bytschkowskij. Ihm zufolge ist die absolute Mehrheit von ihnen "starke junge Leute von athletischem Körperbau, die den Zweck ihrer Ankunft in Weißrussland nicht erklären oder bestätigen konnten".
Er stellte fest, dass praktisch alle Unbefugten versuchten, aus den Nachbarländern - der Ukraine, Polen und Litauen - einzureisen. "



<https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e4/09/16/1045735407.jpg>

de.sputniknews.com: „Sanktionspolitik enger abstimmen“ - Maas strebt nach US-Wahl schnell Neuanfang mit dem Sieger an
Außenminister Heiko Maas plädiert für einen „Neuanfang in der transatlantischen

Partnerschaft“. Denn unabhängig vom Ausgang der Wahl müssten sich Deutschland und die EU auf „weniger amerikanisches Engagement in der Welt einstellen“, schreibt er in einem Gastbeitrag in der „Welt am Sonntag“. Er unterbreitet ein Angebot an den Wahlsieger. Es gebe für Europa keine „verantwortungsvolle Alternative zur Sicherheitspartnerschaft“ mit den USA. Ein Neuanfang sei nötig, denn: „Die Profiteure unserer Differenzen sitzen in Peking und Moskau, aber auch in Teheran und Pjöngjang“, so der Bundesaußenminister. „Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen wird sich auch am richtigen Umgang mit China entscheiden. Washington sieht im Aufstieg Chinas die große strategische Herausforderung dieses Jahrhunderts – und das über alle Parteigrenzen hinweg. Auch die nächste US-Regierung wird deshalb politisches und militärisches Kapital dorthin umlenken. Manch einer mag darin eine automatische Schwächung des transatlantischen Verhältnisses erkennen“, glaubt Maas.

Für den deutschen Chefdiplomaten berge die Gestaltung der Beziehungen zu China hingegen die Chance auf „neue transatlantische Zusammenarbeit“

Er unterbreitet an den zukünftigen US-Präsidenten offenbar ein Angebot: „Warum stimmen wir unsere Sanktionspolitik, aber auch mögliche Kooperationsangebote nicht enger ab, zum Beispiel, wenn es darum geht, Russland zur Zusammenarbeit zu bewegen oder eine politische Perspektive für den Westbalkan aufzuzeigen.“

Die Bundesregierung werde „schnell nach der Wahl mit Vorschlägen auf Washington zugehen - als Beitrag zu einer neuen, transatlantischen Agenda.

Wir brauchen ein neues gemeinsames Verständnis über die globalen ‚Spielregeln‘, die in den letzten Jahren von diversen Seiten verletzt wurden“, schreibt Maas.

Das betreffe eine abgestimmte Sanktionspolitik genauso wie eine gemeinsame Haltung gegenüber China und in der Welthandelsorganisation (WTO), oder das abgestimmte Vorgehen auf dem Westbalkan.

Zu den neuen Beziehungen gehöre aber auch, dass die Europäer die Krisen vor ihrer Haustür „notfalls auch alleine bewältigen“. Das Ziel laute „europäische Souveränität“, so der Minister weiter. Darin liege keine Abkehr von der transatlantischen Partnerschaft, im Gegenteil:

„Nur ein Europa, das glaubhafte Anstrengungen unternimmt, seine eigenen Sicherheitsinteressen auch eigenständig wahrzunehmen, wird auch in Zukunft ein attraktiver Partner für die USA bleiben.“



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/1a/328273077_0:227:3230:1975_1000x080_0_1_2f4c1c0cbc8e1680da4db68d186d2bff.jpg

sputnik.by: **KGB: Eine Reihe der Aktionen von Demonstranten kann als Terrorakt eingestuft werden**

Extremistische Aktionen der Demonstranten können als Terrorakt bezeichnet werden, sagte

am Montag der Leiter der Ermittlungsabteilung des KGB, Konstantin Bytschek. Ihm zufolge sind in letzter Zeit in Belarus „Fälle extremistischer Manifestationen von protestorientierten Personen häufiger geworden“, informiert BelTA. Er nannte einen Versuch radikaler Bürger, das Gebäude der Bezirkszentrale für innere Angelegenheiten am 25. Oktober in Minsk zu besetzen. Nach seiner Abwehr gingen laut Bychek „aggressiv gesinnte Bürger in die Wohngebiete der Stadt, wo sie weiterhin grob gegen die öffentliche Ordnung verstießen und die Sicherheit und den Frieden der Menschen gefährdeten“.

In Gomel wurde am Sonntagabend, dem 25. Oktober, eine Sprengfalle unter dem Fahnenmast der weiß-rot-weißen Flagge gefunden, die beim Versuch, die Flagge abzunehmen, ausgelöst werden sollte. Darüber hinaus versuchten Unbekannte zweimal, Handelsstände mit Molotow-Cocktails in Brand zu setzen.

Am Montagmorgen, dem 26. Oktober, wurden an verschiedenen Abschnitten der Eisenbahn fünf Fälle von absichtlichem Kurzschluss registriert, die zu Softwarefehlern führten. Wenn sie nicht unverzüglich beseitigt worden wären, hätten sie zahlreiche Menschenopfer, von Menschen verursachte Katastrophen und große materielle Schäden verursachen können. Laut dem Vertreter des Staatssicherheitskomitees wurden diese Maßnahmen von kriminellen Gruppen geplant und durchgeführt, deren Ziel es sei, die gesellschaftspolitische Situation im Land zu destabilisieren, die Bevölkerung einzuschüchtern und die bestehende Verfassungsordnung gewaltsam zu ändern.

„Solche Aktionen, bei denen Explosionen, Brandstiftungen und andere Handlungen begangen werden, bei denen die Gefahr des Todes von Menschen besteht, die Körperverletzung oder andere schwerwiegende Folgen haben, um die Entscheidungsfindung der Behörden zu beeinflussen oder politische oder andere soziale Aktivitäten zu behindern, gelten als Terrorakt“, fasste Bytschek zusammen.



<https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e4/08/0f/1045462719.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: Nach Putins Appell zum Moratorium für Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa: Berlin kommentiert

In einer Stellungnahme von Montag hat das Auswärtige Amt bekanntgegeben, über den Aufruf des russischen Präsidenten Wladimir Putin an die Nato-Mitgliedsländer informiert worden zu sein, das Moratorium für die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa anzukündigen.

Berlin würde diese Botschaften des russischen Präsidenten kennen, sie seien nicht neu, sagte die Sprecherin des deutschen Außenministeriums, Andrea Sasse, bei einem Briefing in Berlin.

Auch in der Vergangenheit habe Russland wiederholt ein solches Moratorium angekündigt, fügte sie hinzu. In der Angelegenheit würde sich Berlin der Einschätzung des Nato-Generalsekretärs Jens Stoltenberg anschließen, der zuvor gesagt habe, dass Russlands Aussagen nicht glaubwürdig seien, hieß es weiter.

Ein Statement des russischen Präsidenten Wladimir Putin über die zusätzlichen Schritte zu einer Deeskalation in Europa vor dem Hintergrund des nicht mehr gültigen INF-Vertrags zwischen Moskau und Washington zum Verbot bodengestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen ist am Montag auf der offiziellen Webseite des Kremls veröffentlicht worden.

Moskau sei „im Sinne des guten Willens“ bereit, auf die Stationierung der 9M729-Raketen auf dem europäischen Teil des Landes auch weiter zu verzichten. Dies aber nur unter der Bedingung, dass die Nato-Länder auch keine früher vom INF-Vertrag verbotenen Waffen in Europa aufstellen würden, hieß es in der Erklärung. ...